



GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2013 / 2014

Gesperrt bis 05. Februar um 15.30 Uhr – es gilt das gesprochene Wort

Johannes Honné

Inhaltsverzeichnis

Nachhaltiger Haushalt.....	2
Grundsätze GRÜNER Haushaltspolitik.....	2
Klimaschutz und Energiewende.....	2
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Umsetzung der Millenniumsziele	3
Gesundheit	3
Umwelt- und Naturschutz.....	4
Tierschutz	5
Soziales, Jugend und Senioren	6
Wohnraum-Versorgung.....	7
Kommunale Arbeitsförderung	8
Integration.....	8
Bildung und Schulen.....	9
Kultur	10
Stadtplanung.....	12
Verkehr	13
Sport	14
Stadtbiläum	15
Wirtschaftsförderung.....	16
Stadtentwicklung.....	17
Personal.....	17
Finanzen.....	17
Zusammenfassung und Dank.....	18

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
die GRÜNE-Fraktion hofft, dass Karlsruhe mit seinem neuen Oberbürgermeister auch neue Akzente setzt und eine neue Art der Haushaltsgestaltung findet, die Geld nicht vordringlich in vermeintliche große Leuchttürme investiert. Vielmehr wollen wir unseren Teil dazu beitragen, um verantwortungsvoll und gerecht Schwerpunkte zu setzen.

Nachhaltiger Haushalt

Wir freuen uns darüber, dass aufgrund der sprudelnden Steuer-Einnahmen selbst der üblicherweise vorsichtige Ansatz der Verwaltung für diesen Doppelhaushalt Entwarnung gibt mit einem Überschuss über beide Jahre von 13 Mio. €. Dies schafft Spielraum, um unsere Kernanliegen des **sozialen und ökologischen Wandels** weiter voran zu bringen. Bei aller Freude über die aktuell gute Situation dürfen wir das Ziel einer langfristig soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik nicht aus den Augen verlieren. Aber wir dürfen das Sparen auch nicht übertreiben, und deshalb werden wir auch wieder gezielt einige neue Stellen beantragen.

Grundsätze GRÜNER Haushaltspolitik

Bei unseren Anträgen haben wir uns von folgenden **Grundsätzen** leiten lassen:

1. Der Haushalt muss **sozial gerecht** sein, also eher denen geben, die zu wenig haben, und für eine Angleichung der Bildungschancen sorgen.
2. Der Haushalt muss möglichst **gute Lebensbedingungen für alle** schaffen, z.B. die Lärmbelastung reduzieren und bessere Wohnverhältnisse schaffen.
3. Der Haushalt muss der **Generationen-Gerechtigkeit** entsprechen, also keine Lasten den kommenden Generationen aufbürden.
4. Der Haushalt muss **global gerecht** sein, das heißt den Klimawandel verringern, die Ökologie fördern, den Energieverbrauch senken und die kommunale Entwicklungszusammenarbeit stärken.

Klimaschutz und Energiewende

Wenn es um den Klimaschutz geht, ist nach wie vor unsere Leitlinie: „Global denken, lokal handeln“. Viele unserer Haushaltsanträge widmen sich dem Klimaschutz: Wir wollen **Ökostrom** für die städtischen Liegenschaften, wir wollen die städtische **Klimaschutzkampagne** wieder aufnehmen, wir wollen die Weiterführung der sehr erfolgreichen **Stelle für Energiemanagement** bei der Gebäudewirtschaft und eine neue Stelle für Ämter-übergreifende **Anpassungsstrategien an den Klimawandel**.

Weiter wirkt der Klimaschutzfonds, der jährlich mit 2 Mio. € ausgestattet ist und zu sehr vielen Verbesserungen geführt hat und weiter führen wird, die sich langfristig auch finanziell für die Stadt lohnen.

Was die Energiewende angeht, reicht es aber nicht, sich allein auf den städtischen Haushalt zu konzentrieren. Wir wollen eine strategische **Neuausrichtung der Stadtwerke**, die sich weit stärker als bisher auf den Ausbau Erneuerbarer Energien und auf Dienstleistungen im Bereich Energieeffizienz und Energieeinsparungen fokussiert.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Umsetzung der Millenniumsziele

Dank der jährlich stattfindenden Fairen Woche sind globale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung auch im Karlsruher Rathaus immer wieder Thema. Erfolge wurden auch im Bereich der **fairen Beschaffung** im Rathaus erreicht, auch wenn hier noch viel Luft nach oben ist und weitere Anstrengungen notwendig sind. Wir bedauern aber, dass das Thema Umsetzung der Millenniumsziele in den letzten Jahren zunehmend in den Hintergrund gerückt ist, obwohl sich der Karlsruher Gemeinderat 2007 für die Millenniumskampagne mit Aktivitäten auch in Karlsruhe ausgesprochen hat.

Mit zusätzlichen Haushaltsmitteln wollen wir das schmale Budget für **kommunale Entwicklungs-Zusammenarbeit** aufbessern und die **Umsetzung der Millenniumsziele** über eine personelle Aufstockung wieder zu einem wichtigen Thema in unserer Stadt machen. Es ist uns wichtig, dabei den engen Draht zu den vielen auf diesem Sektor ehrenamtlich aktiven Gruppen und Vereinen zu pflegen und auszubauen.

Gesundheit

Um die kommunale **Gesundheitspolitik** weiter voranzutreiben wurde bei der letzten Haushaltsberatung eine Koordinationsstelle für Gesundheit beim Umweltamt geschaffen. Im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz konnten wir sehen, wie notwendig eigene personelle Kapazitäten in diesem Bereich sind. Um die Leistungsfähigkeit in diesem Bereich zu verstetigen und zu erhöhen, wollen wir eine **weitere Stelle** hierfür widmen, um unser gemeinsames Ziel „Gesund aufwachsen in Karlsruhe“ schnell erreichen zu können.

Das **städtische Klinikum** gerät derzeit wie viele andere Krankenhäuser in finanzielle Probleme, weil die Vergütungssätze nicht die Kosten abdecken. Hier muss auf Bundesebene dringend nachgesteuert werden. In dieser Situation ist es richtig und wichtig, dass der Gemeinderat einen jährlichen **Zuschuss** von 2,5 Mio. € pro Haushaltsjahr an das Klinikum bewilligt, um die dringend notwendige **Sanierung der**

Altbauten voranzutreiben. Wir könnten uns auch eine höhere finanzielle Unterstützung der Sanierungsarbeiten vorstellen, um sie zu beschleunigen, falls diese höheren Summen auch tatsächlich „verbaut“ werden können.

Umwelt- und Naturschutz

Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umwelt- und Natur-Schutz ist weiterhin wichtige Basis GRÜNER Politik.

Für die Lebensqualität in einer Stadt sind **gute Luft**, **wenig Lärm** und ein hoher Anteil an **Grün- und Erholungsflächen** entscheidend. In manchen Karlsruher Gegenden und Stadtteilen haben wir hierfür optimale Voraussetzungen. Gesunde Lebensbedingungen sind aber auch für diejenigen Menschen wichtig, die auf günstige Mietwohnungen angewiesen sind und die sich kein Häuschen im Grünen, fernab von Straßenlärm und Verkehrs-Emissionen leisten können. Auch das müssen wir bei unserem Ziel einer ökologisch-sozialen Stadtentwicklung im Auge behalten.

Die begonnenen Anstrengungen zur Luftreinhaltung müssen konsequent fortgesetzt werden. Hierbei müssen wir weiterhin die **Großemittenten** am Rheinhafen in die Pflicht nehmen. Von der EnBW erwarten wir, dass die durch das neue Kohlekraftwerk verursachten zusätzlichen Luftschadstoffe durch sukzessives Abschalten des alten Kraftwerks kompensiert werden.

Auf die **Luftreinhaltung** können wir auf kommunaler Ebene aber vor allem über die Verkehrspolitik Einfluss nehmen. Jedes Auto und jeder LKW **weniger** in der Stadt verbessert die Luftverhältnisse. Deshalb müssen wir den **Umweltverbund** aus Bussen und Bahnen, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen weiter stärken und den sehr fortschrittlichen, im letzten Jahr vom Gemeinderat verabschiedeten **Verkehrsentwicklungsplan** zügig umsetzen – dazu später mehr.

Auch beim Lärm müssen wir Schritt für Schritt weiter kommen und die im **Lärmaktionsplan** festgelegten Maßnahmen abarbeiten und fortschreiben. Lärm beeinträchtigt die Lebensqualität und die Gesundheit der Bevölkerung. Die Liste der angedachten Maßnahmen im Rahmen des Lärmaktionsplans enthält noch viele Projekte, bei denen uns für einige schon kostenkontrollierte Planungen zugesagt wurden. Aus diesem Grund beantragen wir zusätzliche Mittel für die schnelle Realisierung der Maßnahmen im Verkehrsbereich.

Es ist wichtig, dass auch die Bahn ihr geplantes Maßnahmenpaket schnell umsetzt, um in einem ersten Schritt die am stärksten belasteten AnwohnerInnen vom Bahnlärm zu entlasten.

Stadtklimatische Gesichtspunkte müssen stärker als bisher Beachtung finden. Kaltluft-Entstehungsgebiete und Frischluftschneisen sind konsequent zu erhalten. Hierauf werden wir auch bei den aktuellen Planungsüberlegungen zur Entwicklungsachse entlang der Durlacher Allee und zur Entwicklung an der Stuttgarter Straße größten Wert legen. Auch bei den aktuellen Planungsüberlegungen für den Sport- und Freizeitpark „Untere Hub“ sind stadtklimatische Belange für uns entscheidend.

Das **Landschafts-Schutzgebiet „Gießbachniederung“** bei Grötzingen wird seit langem von der Mehrheit des Gemeinderats gefordert. Es liegt in einer für die östlichen Stadtteile von Karlsruhe wichtigen **Frischluftschneise** und ist eine ökologisch wertvolle Freifläche. Jahrelang kam hier nichts voran. Jetzt setzen wir auf den neuen Oberbürgermeister Frank Mentrup, der uns in diesem Punkt seine Unterstützung zugesichert hat.

Auch beim Naturschutz wollen wir weiter vorankommen. Weil bei der Unteren **Naturschutzbehörde** ein großer Arbeitsstau herrscht, wollen wir mit einer zusätzlichen Personalstelle entgegenwirken.

Mit zusätzlichen Mitteln für **Landschaftspflegearbeiten** und für die Arbeit des Umweltamtes wollen wir verschiedene Natur- und Umweltschutzprojekte in Karlsruhe voranbringen. Auch die **umweltpädagogischen** Angebote im Stadtgebiet wollen wir ausbauen und stärken. Dem tragen wir mit Haushaltsanträgen für das Naturschutzzentrum, das Waldklassenzimmer und zugunsten eines Angebotes für „Schule auf dem Bauernhof“ Rechnung.

Die gute Kooperation zwischen Umweltverbänden und Schulen wollen wir durch Haushaltsmittel für zusätzliche Nachmittagsangebote an Schulen stärken und ausbauen.

Auch das **Bauordnungsamt** gehört dazu: Hier wurden zuletzt fünf Stellen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gekürzt. Wir wollen zwei Stellen wieder einrichten, damit das Amt unter anderem seine Kontrollfunktionen z.B. bei der Überwachung von Schwarzbauten im Freigelände oder bei der Durchsetzung von zugesagten Haus-Begrünungen wieder wahrnehmen kann.

Tierschutz

Auch **Tierschutz** ist eine kommunale Aufgabe. Damit allein gelassene Tiere gut untergebracht und versorgt werden können, wollen wir die Arbeit der Tierschutzvereine verstärkt unterstützen. Deshalb beantragen wir eine erneute Erhöhung des **Tierschutzfonds** um 20.000 €.

Soziales, Jugend und Senioren

Die Herstellung und Wahrung der sozialen Gerechtigkeit ist einer unserer Schwerpunkte in diesem Haushalt. Es geht um Armutsbekämpfung, gleiche Bildungschancen für alle und auskömmlich bezahlte Arbeitsmöglichkeiten. Das Bemühen um **Gerechtigkeit** und die **Armutsbekämpfung** muss in allen Politikbereichen vorhanden sein, und wenn wir in Karlsruhe irgendwann anstelle von **kommunaler Sozialpolitik** von **sozialer Kommunalpolitik** sprechen, so ist das Thema soziale Gerechtigkeit in allen Bereichen angekommen.

Wir haben hier vor Ort nur begrenzte Möglichkeiten, um zu verhindern, dass sich die soziale Schere noch weiter öffnet; eine Vielzahl an Ausgleichsmaßnahmen müssen von Bund und Land initiiert werden. Wir denken da an die Hartz4-Sätze, Mindestlohn, die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit usw.

Aber was wir mit unseren Mitteln tun können, dafür setzen wir uns ein:

Allem voran der **Karlsruher Pass**, ein schon jetzt hervorragendes Armutsbekämpfungsinstrument, den wir mit weiteren finanziellen Mitteln ausstatten wollen, um ihn noch besser zu machen. Wir wollen zudem einigen Verbänden und sozialen Einrichtungen für ihre Arbeit und für spezielle Projekte die **Zuschüsse erhöhen**, sei es der Schuldnerberatung der Caritas oder SozPädAI für ihr hervorragendes Projekt „LaBOR“, um nur einige zu nennen. Armut betrifft alle Altersschichten, daher dürfen auch die Seniorinnen und Senioren nicht aus den Augen verloren werden. Zu diesem Thema werden wir in den kommenden Monaten noch Initiativen einbringen, um die Umsetzung der Leitlinien gegen Altersarmut voranzubringen.

Mit dem Anstieg der Lebenserwartung steigt auch der Anteil von Menschen, die Beratungsbedarf im **Seniorenbüro oder Pflegestützpunkt** anmelden. Das Seniorenbüro leistet sehr gute Arbeit, ist aber personell an der Belastungsgrenze angekommen. Um die gute Arbeit fortzusetzen und auszubauen, sowie Themenfelder voranzubringen, die zwar auf der Agenda des Seniorenbüros stehen, aber bisher nicht bearbeitet werden konnten, beantragen wir eine zusätzliche Stelle für diese wichtige Tätigkeit, und aus den gleichen Gründen eine Zuschusserhöhung für die **Seniorenberatung** verschiedener **freier Träger**. Weitere Anträge werden wir stellen für ProFamilia für ihr Sexualberatungsangebot, für Beratungsangebote und Sanierung der Frauenhäuser, für den Ballspielplatz des Antoniusheims, für den Verein Autismus e.V., um nur einige zu nennen, und für verschiedene andere Projekte mehr.

Familien brauchen eine **zuverlässige Betreuung für ihre Kinder**, egal ob es sich dabei um die Allerjüngsten, die klassischen Kindergartenkinder oder die Schulkinder handelt. Den konsequenten **Ausbau der Betreuungsangebote** und deren Anpassung an den realen Bedarf begrüßen wir sehr und fördern ihn. Dabei helfen der Stadt die Landes-

Zuschüsse, die unter GRÜN-Rot von 2011 nach 2013 von 5 Mio. € auf 22 Mio. € pro Jahr erhöht wurden.

Wohnraum-Versorgung

Die Versorgung mit **bezahlbarem** und möglichst barrierefrei erreichbar **Wohnraum** in Karlsruhe wollen wir GRÜNE insbesondere für Menschen mit geringeren Einkommen deutlich verbessern.

Allein in den letzten Jahren haben wir uns in diesem Sinne bereits mehrfach eingesetzt: Wir haben in verschiedenen Anträgen die Stärkung genossenschaftlichen Wohnens in den Karlsruher Konversionsgebieten gefordert, die "Förderung von kostengünstigen Mietwohnungen in Karlsruhe" und einen kommunalen Arbeitskreis mit den wichtigsten Wohnbauakteuren in Karlsruhe vorgeschlagen. Hieraus hat sich die kommunale Wohnraumkonferenz entwickelt, die letzten Oktober zum zweiten Mal in Karlsruhe tagte und erneut wichtige Handlungsoptionen erarbeitete. Darauf können Kommunalpolitik und Verwaltung mit ihren Initiativen weiter aufsetzen. Mit unserem Antrag auf eine "Sozialgerechte Bodennutzung" verfolgten wir ebenfalls das Ziel, sozialen Mietwohnungsbau in Karlsruhe voranzubringen.

Schließlich hat der Gemeinderat auf unseren interfraktionellen Antrag hin im letzten Jahr die Erarbeitung eines kommunalen sozialen **Wohnraumförderungsprogramms** beschlossen. Dieses ist derzeit noch in Arbeit. Wir halten es aber für erforderlich, bereits jetzt in größerem Umfang Mittel dafür mit Sperrvermerk einzustellen. In den Folgejahren sollte es noch ausgebaut werden. Das Programm soll Volkswohnung und Wohnbaugenossenschaften beim Bau günstiger Mietwohnungen mit anschließender Mietpreisbindung finanziell unterstützen. Daneben wollen wir Sanierungsmaßnahmen für Mietwohnungen fördern, die in einem besonders schlechtem baulichen Zustand sind.

Außerdem setzen wir uns für einen Ausbau des Karlsruher Erfolgsmodells "**Wohnraumakquise durch Kooperation**" ein, mit dem man den Zugang zu privaten Vermietern gefunden hat. Hier beantragen wir die Einrichtung einer festen Stelle, um das Programm weiterführen und ausbauen zu können. Und wir setzen uns für den Weiterbetrieb von "Juno" ein, einer von der Heimstiftung Karlsruhe getragenen Notübernachtungsstelle für junge obdachlose Frauen, und beantragen für das Jahr 2014 die Einstellung der benötigten Haushaltsmittel.

Die **Volkswohnung** sehen wir auf dem richtigen Weg, da sie das Thema **soziales Wohnen** wieder entdeckt hat. Wir drängen schon seit vielen Jahren darauf, dass die Volkswohnung sich endlich wieder verstärkt ihren Kernaufgaben widmet.

Kommunale Arbeitsförderung

Arbeitsmarktpolitik ist eine Aufgabe des **Bundes**. Es gibt in Karlsruhe jedoch eine nahezu gleich bleibende Zahl von Menschen, die am Aufschwung und neuen Arbeitsplätzen nicht teilhaben können. Sie fallen nach dem Durchlaufen verschiedener Maßnahmen aus dem Vermittlungssystem.

Um den davon Betroffenen eine sinnvolle **Beschäftigungsmöglichkeit** begleitet von **psychosozialer Betreuung** zu schaffen, gibt es in Karlsruhe 40 Arbeitsplätze. Wir wollen in einem ersten Schritt 20 weitere Plätze schaffen. Dafür beantragen wir 100.000 €/Jahr.

Zurzeit werden die Möglichkeiten kommunaler Arbeitsförderung einer rechtlichen Prüfung unterzogen. Wenn das Ergebnis vorliegt und den von uns gewünschten Handlungsspielraum bestätigt, wollen wir in einem zweiten Schritt eine weitergehende Schaffung kommunal geförderter Arbeitsplätze ermöglichen. Hierfür beantragen wir für zwei Jahre weitere 800.000 €. Damit könnten 160 weitere Plätze geschaffen werden. So wäre für nahezu die Hälfte der langzeitarbeitslosen Menschen mit vielfachen Vermittlungshemmnissen in Karlsruhe die Möglichkeit einer sinnvollen, strukturierten Tagesbeschäftigung mit gleichzeitiger psychosozialer Begleitung vorhanden.

Diese Möglichkeiten einer würdevollen Gestaltung des Alltags auch für Menschen, die nicht mehr in den so genannten ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, wollen wir solange beibehalten und bei Bedarf ausbauen, bis auch die Bundespolitik endlich den Bedarf an solchen Arbeitsmöglichkeiten erkennt und entsprechend fördert.

Integration

Karlsruhe wächst weiter – vor allem dank Zuwanderung von Menschen aus anderen Städten und anderen Ländern.

Damit unterschiedliche Kulturen konfliktfrei zusammen leben, bedarf es besonderer **Integrationsanstrengungen** von beiden Seiten. In Karlsruhe haben wir zusammen mit dem Migrationsbeirat und getragen durch einen breiten Beteiligungsprozess einen guten **Integrationsplan** erarbeitet. Dieser muss jetzt dringend in die **Umsetzung**, um Chancengleichheit und eine gute Integration für alle Menschen in unserer Stadt zu gewährleisten. Die Palette der angedachten Maßnahmen ist groß, angefangen von der Sprachförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen über gezielte Förderprogramme für Jugendliche in Ausbildung, bis hin zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung. Die aktuell im Doppelhaushalt vorgesehenen 100.000 € jährlich sind eine gute Grundlage, um geplante Projekte umzusetzen. Ob sie dauerhaft ausreichen, muss sich zeigen. Gerne sind wir bereit, hier in den nächsten Jahren nachzubessern. Voraussetzung dafür ist aber, dass konkrete Projekte geplant und Träger

gefunden werden. Hier hoffen wir auf eine gute Kooperation zwischen dem Integrationsbüro, der Stadtverwaltung, dem Migrationsbeirat und den vielen ehrenamtlich aktiven Vereinen.

Die Bearbeitungsfristen der Ausländerbehörde z.B. bei Einbürgerungsanträgen sind noch bei weitem nicht zufriedenstellend. Immer wieder kommt es vor, dass viele Monate bis sogar über ein Jahr vergehen, bis ein Einbürgerungs-Antrag bearbeitet ist. Wir halten hier erneut eine personelle Aufstockung für notwendig.

Große öffentliche Beachtung fand in den letzten Monaten die Flüchtlingsunterbringung in verschiedenen Außenstellen der **Landesaufnahmestelle**. Die Flüchtlinge waren teilweise unter nicht tolerierbaren Bedingungen untergebracht. Zum Glück konnten die schlimmsten Missstände mittlerweile beseitigt und einige der Außenstellen aufgrund zurückgehender Flüchtlingszahlen geschlossen werden. Dennoch müssen wir das Thema weiter im Fokus haben, denn die Flüchtlingsströme werden immer wieder Spitzen erreichen, auf die die Stadt und das Land das nächste Mal besser vorbereitet sein sollten. Uns ist bewusst, dass es sich bei der Flüchtlingsunterbringung in erster Linie um eine Landesaufgabe handelt. Dennoch sollten wir als eine Stadt, die großen Wert auf ihre Willkommenskultur legt, hier den uns möglichen Beitrag leisten.

Bildung und Schulen

Bildung von Kindern und Jugendlichen ist ein wichtiges gesellschaftliches Gut. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Dazu gehören **gut ausgestattete Schulen** als wichtige Voraussetzung für guten Unterricht. Hier ist die Stadt Karlsruhe vorbildlich: Sanierung, Ausbau und Neubau von Schulen stehen bei den städtischen Bauvorhaben im Vordergrund.

Seit langem ist jedoch auch bekannt, dass im bisher vielfach gegliederten Schulsystem wenig Spielraum für **individuelles Lernen** bleibt. Zwar unterrichten viele Lehrkräfte mit großem Engagement und unter Ausnutzung ihrer Möglichkeiten. Die Rahmenbedingungen verlangen ihnen jedoch außergewöhnlichen Einsatz ab, um alternative Lern- und Lehrmodelle zumindest in Teilen umsetzen zu können.

Die Möglichkeit, in einer **Gemeinschaftsschule** als Regelschule zu lehren und zu lernen, wurde daher von vielen lange erhofft. Nun ist nach dem Regierungswechsel im Land dieser Weg tatsächlich offen. Eine Gemeinschaftsschule ist in Grötzingen bereits gestartet, die Drais-Realschule hat in diesen Tagen die Genehmigung zur Umwandlung zur Gemeinschaftsschule erhalten. So ist die Schullandschaft auch in Karlsruhe ein Stück vielfältiger geworden und bietet interessierten Eltern und Lehrkräften nun die lange vermissten Möglichkeiten des längeren gemeinsamen Lernens mit gleichzeitig individualisierten Lernplänen.

Der Ausbau von **Ganztagschulen** ist ein weiterer wichtiger Schritt. Die Programme "Schule und Sport" sowie "Schule und Kultur", für das wir eine Erhöhung vorschlagen, haben sich bewährt und strukturieren die Nachmittagsbetreuung. Wir freuen uns auch über die weitere Umsetzung des vor zwei Jahren begonnenen **Karlsruher Unterstützungssystems Schule** „KUSS“ im Rahmen des Landesprogramms Bildungsregion.

Leben und Lernen in der Schule bedarf aber noch weiterer Komponenten.

Schulsozialarbeit ist inzwischen aus dem Schulalltag nicht mehr weg zu denken. Wir können und wollen Lehrerinnen und Lehrer mit den vielfältigen Problemen, verursacht durch Defizite in Elternhaus und Gesellschaft, nicht allein lassen. Daher müssen wir die Schulsozialarbeit weiter stark ausbauen. Auch hier freuen wir uns, dass die GRÜN-Rote Landesregierung sich an den Kosten der Schulsozialarbeit beteiligt.

Für die GRÜNE-Fraktion war und ist Bildung ein zentrales Thema. Ausbau und Entwicklung der Schulen werden wir weiter engagiert begleiten und fördern.

Für das Konzept "Initiative zur **Alphabetisierung**" sind 50.000 € eingeplant.

Analphabetismus ist ein schweres Handicap. Es schränkt die gesellschaftliche Teilhabe, die Möglichkeit auf dem Arbeitsmarkt ein. Selbst ganz gewöhnliche Alltagsanforderungen – man denke an Verträge, Führerscheinprüfung – werden zu unüberwindlichen Hindernissen. Menschen sollten daher in ihrem Bemühen um Alphabetisierung soweit es geht unterstützt werden – auch finanziell.

Wir hatten dazu bereits im letzten Haushalt einen Antrag gestellt, der aber knapp abgelehnt wurde. Daher freuen wir uns sehr, dass nun, angeregt durch eine Initiative der Landesregierung, von der Verwaltung selbst Maßnahmen zur Alphabetisierung vorgeschlagen werden – und hoffen diesmal auf einen breiten Konsens.

Kultur

Kultur ist uns GRÜNEN ein wichtiges Anliegen. Kultur ist das „Bindemittel“ in der Stadtgesellschaft; unabhängig von Sprache, Herkunft, sozialer Stellung und Alter ermöglichen die vielfältigen kulturellen Angebote der Stadt Kommunikation und Verständigung.

Wie bisher sind uns neben den „Leuchttürmen“ **Staatstheater und ZKM**, die **sozio-kulturellen Institutionen**, die kleinen Theater, die interkulturellen Projekte ein besonderes Anliegen.

Der Kulturetats erhöht sich – schon ohne weitere Anträge – um ca. 4 Mio. € gegenüber 2012. Die Erhöhungen fließen vor allem in Transferaufwendungen und hier vor allem zum Badischen Staatstheater und dem ZKM, aber auch in die Volkshochschule.

Beim **Badischen Staatstheater** steht in den nächsten Jahren eine Erweiterung und Sanierung an, die jedoch in diesem Doppelhaushalt noch nicht relevant ist. Wir sind noch in der Planungsphase. In dieser gilt es, ein Konzept zu entwickeln, das uns einen schrittweisen Neu- und Umbau des Theaters ermöglicht. Und zwar in einem finanziellen Rahmen, wie er von der Stadt tatsächlich getragen werden kann. Wir haben bereits mehrfach darum gebeten, den gesamten Gemeinderat frühzeitig in dieses große Projekt einzubinden und hoffen, dass dies bald geschehen wird.

Auch das **ZKM** erhält laut Entwurf deutlich mehr Zuschüsse. Das seit Jahren bestehende strukturelle Defizit kann damit endlich ausgeglichen werden. Da dem ZKM auch durch das Stadtgeburtstagsprojekt „Globale“ weitere Gelder zufließen werden, sehen wir das ZKM gut aufgestellt, um seine Arbeit erfolgreich fortzuführen.

Die Zuschusserhöhung für die **Volkshochschule** sowie der Jugend-Kunstschule begrüßen wir sehr. Die vhs als Kultur- und Bildungseinrichtung ermöglicht allen Bevölkerungsgruppen Zugang zu Weiterbildung, vertiefte Auseinandersetzung mit Interessen und die Aneignung neuer Fähigkeiten, Fertigkeiten und neuen Wissens. Der Zuschuss der Stadt Karlsruhe liegt auch mit dieser Erhöhung im Vergleich zu anderen Städten umgerechnet auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner immer noch sehr niedrig. Unser Ziel ist es, auch in den kommenden Haushalten diesen Zuschuss weiter zu erhöhen. Denn nur so kann das Angebot der vhs aktuell gehalten und ausgebaut werden. Nur so können wir dazu beitragen, dass die dort tätigen KursleiterInnen ihrer Leistung entsprechend entlohnt werden.

Sehr viele **kulturelle Institutionen** sind diesmal an die Fraktionen herangetreten mit der Bitte um Erhöhung des Zuschusses. Teils um die bisherige Arbeit erfolgreich weiterführen zu können, teils um sich neue Aufgabengebiete zu erschließen. Viele dieser Ideen gefallen uns, weil sie dazu beitragen können, Kultur breit angelegt in unsere Stadtgesellschaft hinein zu tragen. Wir werden hier eine Reihe von Anträgen stellen, vor allem dort, wo wir Innovation und neue Ansätze erkennen, wo neue Zielgruppen für Kultur erschlossen werden und wo aktive kulturelle und künstlerische Aktivitäten gefördert werden.

Genau das wird auch mit dem Ansatz „**Schule und Kultur**“ gefördert – ein Projekt der Verwaltung, das in den letzten Jahren hervorragend funktioniert hat und durch das Künstlerinnen und Künstler und Kultureinrichtungen in die Schulen geholt wurden. Diesen Ansatz wollen wir ausweiten und werden daher eine Aufstockung von 40.000 €/Jahr beantragen.

Junge Menschen mit kulturellen Angeboten vertraut zu machen, Musikinstrumente spielen und künstlerische Techniken kennen zu lernen, weckt frühzeitig Begabungen und Interessen, fördert Kreativität und intellektuelle Entwicklung. Im Bereich „Schule und Sport“ haben wir die Mittel um 50 % erhöht – lassen Sie uns gemeinsam auch im Bereich „Schule und Kultur“ um **50 % erhöhen**.

Eine Reihe von Wünschen wurde in einem Finanzvolumen an uns herangetragen, in dem wir es nicht für sinnvoll erachten, einen eigenen Haushaltsposten einzurichten. Da wir aber auch hier einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt der Stadt sehen, werden wir eine stärkere **Projektförderung** im Kulturetat beantragen.

Stadtplanung

In der Stadtplanung ist aus ökologischer Sicht die **Innenentwicklung** wichtig.

Unsere Finanzbürgermeisterin sieht Neubaugebietsausweisungen auf der „Grünen Wiese“ offenbar als Allheilmittel zur Aufbesserung der städtischen Kasse. Für uns ist diese Art der Stadtentwicklung nicht zeitgemäß und vor allem nicht nachhaltig. Wo gebaut wird, wollen wir qualitativ bauen mit hoher Priorität auf **Energie- und Flächeneffizienz**.

Gleichzeitig gilt es, Grün- und Erholungsflächen zu erhalten und gerade im Innenstadtbereich durch eine stärkere **Durchgrünung** das Stadtklima zu schonen und langfristig zu verbessern.

Mit den bereits in der Umsetzung befindlichen Beteiligungsformaten bei den Planungen zur Entwicklungsachse entlang der Durlacher Allee und zur Stuttgarter Straße gibt es Erfolg-versprechende Modelle, wie Planungsprozesse zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden können. Die hier gewonnenen Erfahrungen können dann auch in die Erarbeitung eines **räumlichen Leitbildes** für Karlsruhe einfließen, für dessen Entwicklung im vorliegenden Haushaltsentwurf die notwendigen Mittel bereit gestellt sind.

Auch der Beteiligungsprozess für den **Flächennutzungsplan** ist angelaufen und wird hoffentlich intensiv von den Menschen in unserer Stadt begleitet und mit beeinflusst. Hier stellen wir uns auf schwierige Diskussionen um zusätzliche Ausweisungen von Gewerbeflächen ein. Wir Grünen halten an unserem Ziel fest, den **Flächenfraß zu stoppen** und mittelfristig eine Netto-Null beim Flächenverbrauch zu erreichen. Dies setzt aber ein Ressourcen-optimiertes Gewerbeflächen-Management voraus.

Für das im Wahlkampf von Frank Mentrup thematisierte **Grünkonzept** wollen wir – aufbauend auf den bereits vorhandenen BUGA- und Biotopverbund-Planungen – unsere konkreten Vorschläge einbringen. Die durchgängige Grünverbindung vom Turmberg bis zum Rhein ist dabei ein wichtiges Ziel. Den Landschaftspark Rhein, für den auch in diesem Doppelhaushalt wieder Finanzmittel eingestellt sind, wollen wir zu einer naturnahen Auen- und Kulturlandschaft entwickeln. Naturschutz, Naherholung und eine extensive Landwirtschaft des Hofguts Maxau sollen im Landschaftspark ihren Platz finden.

Verkehr

Beim Verkehr ist uns weiterhin grundsätzlich wichtig, Klimaschutz, Luftreinhaltung und Lärmschutz weiter voran zu bringen.

Dazu gehört auch, dass die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht. Deshalb treten wir für mehr Mittel für die **Fahrzeugbeschaffung** ein, damit die Fahrzeugflotte auf den neuesten Stand gebracht werden kann. Gleichzeitig spart das Ausgaben, weil die Wartung deutlich preiswerter wird.

Aktuell läuft das 20 Punkte-Programm zur **Förderung des Radverkehrs**. Es wird noch viele Jahre dauern, bis alles umgesetzt ist. Deshalb ist die geplante Kürzung für 2014 nicht verständlich. Wir beantragen, dass die jährlich 1,3 Mio. € für Baumaßnahmen beibehalten werden.

Gerade wurde der **Verkehrsentwicklungsplan** beschlossen, dessen Umsetzung deutliche Verbesserungen in Richtung Klimaschutz, Luftreinhaltung und Lärmschutz bringen wird. Im Haushaltsentwurf der Verwaltung hat aber keine Beachtung gefunden, dass gleich mehrere neue Stellen in diesem Programm als "hohe Priorität/zeitnah" eingestuft sind. Wir meinen, um die rund 150 vorgeschlagenen Maßnahmen zu koordinieren und einen Teil davon auch mit umzusetzen, ist eine neue **Koordinationsstelle "Nachhaltige Mobilität"** unbedingt erforderlich.

Und endlich gibt es in diesem Verkehrsentwicklungsplan auch ein Programm für den Fußverkehr, den sogenannten **"Karlsruher (Fuß-) Weg"**. Auch da meinen wir, dass eine zusätzliche Personalstelle erforderlich ist, um diese Maßnahmen umzusetzen.

Der Rückbau der Herrenalber Straße wurde beschlossen. Im Haushaltsplan taucht er aber nicht auf. Wir meinen, auch wenn andere Baumaßnahmen Zeitfenster in 2014 belegen, bleibt doch auch Zeit, mit dieser Maßnahme endlich zu beginnen. In Rüppurr warten viele darauf.

Zur Weiterführung des **Fahrradverleihs** wollen wir einen eigenen Haushaltstitel – entsprechend der Wichtigkeit dieses Themas – statt der Finanzierung über den Klimaschutzfonds, der vor allem für Investitionen zur Energieeinsparung gedacht ist.

Zum Dauerbrenner **"Brötchentaste"** machen wir einen erneuten Anlauf, sie zu kippen. Subventionierung des Autoverkehrs durch kostenloses Parken in den Kernbereichen von Durlach und Mühlburg passt einfach nicht in ein modernes Verkehrskonzept. Das würde Mehreinnahmen von 180.000 € ergeben.

Nun zu den aktuellen Großprojekten: Die **U-Strab** wird immer mehr zum Millionen-Grab, aber wir können eben jetzt nicht mehr zurück. Der Eigenanteil der Stadt bei der Kombilösung ist nach den Verlautbarungen von Bund und Land inzwischen von den ursprünglich erwarteten 80 Mio. € auf mehr als das **Dreifache gestiegen**. Dabei hat der

eigentliche Tunnelbau mit seinen Unwägbarkeiten noch gar nicht begonnen! Zusätzlich werden die **Folgekosten**, wenn der Bau denn einmal in Betrieb gegangen ist, mit jährlich **15 Mio. €** zu Buche schlagen. Die in der Vergangenheit vorgesehene Quer-Finanzierung über die Gewinne der Stadtwerke ist vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung auf dem Energiemarkt nicht mehr umsetzbar. Diese Gewinne reichen nicht einmal mehr aus, um das "normale" Defizit der Verkehrsbetriebe aufzufangen, geschweige denn die Kosten der U-Strab zu tragen. Bisher werden nur riesige Schulden in der Kasig angehäuft, ohne dass klar ist, wie die jemals abbezahlt werden können.

Über die **zweite Rheinbrücke** wird noch heftig gestritten. Wir lehnen sie weiterhin ab und fordern die Prüfung anderer Optionen, z.B. Öffnung des Pfortners. Im Haushaltsentwurf gibt es dazu eine Zielformulierung "Begleitung zweite Rheinquerung". Das ist uns zu schwach. Wir wollen eine deutlichere Formulierung entsprechend der ablehnenden Haltung des Gemeinderats.

Der **Baden-Airpark** wird wieder mit 1,3 Mio. € jedes Jahr subventioniert, obwohl er unnötigen Lärm in die Region bringt. Nachdem der bestehende Vertrag offenbar nicht mehr kündbar ist, sind wir froh, dass er 2015 ausläuft. Wir hoffen, dass sich der Gemeinderat dann endlich gegen eine Fortsetzung dieser klimaschädlichen Subvention ausspricht.

Sport

Im Bereich **Sportförderung** fließt der größte Ansatz des Etats in „**Unterhaltung der Sportstätten**“. So bleiben die Anlagen in gutem Zustand und ein Investitionsstau wird verhindert. Bei der Auswahl der Förderkriterien würden wir uns allerdings wünschen, dass die Zuschüsse stärker an die **energetische Sanierung** der Anlagen geknüpft werden, um so Anreize zu setzen, die der Umwelt helfen und den Vereinen langfristig Einsparungen ermöglichen.

Ein anderer großer Posten sind die Zuschüsse für **ÜbungsleiterInnen** – dies sichert Qualität in den Vereinen und unterstützt das ehrenamtliche Engagement.

Die **Kooperation Schule – Sportverein** hat sich bewährt. Die Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Nachmittagsbetreuung an Schulen, den es schrittweise auszuweiten gilt – vor allem auch im Hinblick auf den Ausbau der Ganztagschulen.

Der Bedarf ist da – im aktuellen Schuljahr gab es 134 Anträge. Mit dem Bedarf steigt auch das finanzielle Volumen und daher sind wir zu einer Aufstockung um 50.000 € auf 150.000 € gerne bereit.

Zum **Wildparkstadion**: Im Frühjahr hat der Gemeinderat beschlossen, für die Saison 2012/2013 die Miete zu reduzieren, um damit die Lizenzanträge des KSC zu erleichtern. Dass diese Reduktion nun im Haushaltsentwurf fortgeführt wird, entspricht nicht dem

erklärten Willen des Gemeinderats. Es kann nicht kommunale Aufgabe sein, einem Profisportverein dauerhaft solche finanziellen Zugeständnisse zu machen. Wir werden daher beantragen, im Haushalt die Vertragslage abzubilden mit **Mehreinnahmen von 150.000 €** über beide Jahre.

Die Stadt ist schließlich weiter bereit, alles Nötige zu investieren, um das Wildparkstadion in **gutem Zustand** zu erhalten. Für einen Neubau sehen wir aber keine wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Die jährliche Erhöhung im Leistungssport um 20.000 € soll gemäß Haushaltsentwurf in das **Sportinternat** fließen, so dass dafür dann 40.000 € zur Verfügung stehen – für die Unterbringung von vier bis sieben SportlerInnen. Die ursprüngliche Kostenkalkulation für diese Einrichtung wird damit weit überschritten und von uns nicht mitgetragen.

Im **Behindertensport** soll schrittweise der Etat erhöht werden, was wir prinzipiell für sehr sinnvoll halten. Wir wollen hier vor allem inklusive Angebote der Vereine unterstützt sehen. Im Bereich der kommunalen Aufgaben beim Sport wollen wir den Gesundheitssport stärken.

Gerade die Prognosen zur höheren Lebenserwartung machen es wichtig, beim **Seniorenport** einen Ausbau vorzunehmen. Die Initiative „In Schwung im Alter“ hat sich in diesem Bereich bereits eine hohe Akzeptanz erworben und bewegt in 15 Stadtteilen erfolgreich viele älteren MitbürgerInnen. Mit zusätzlichen Mitteln wollen wir bestehende Lücken in der Fläche schließen und Menschen in prekären finanziellen Situationen eine Teilnahme ermöglichen

Stadtjubiläum

Im Haushalt sind große Summen für die Vorbereitung auf das **300. Stadtjubiläum** im Jahr 2015 eingestellt: 3,5 Mio. € (netto) im Jahr 2013 und 5,8 Mio. € (netto) im Jahr 2014.

Wir hatten uns im Vorfeld mehrfach dazu geäußert, dass uns der Gesamtansatz für das Stadtjubiläum **zu hoch** ist. Leider hat sich die Gemeinderatsmehrheit anders entschieden.

Wir fordern jedoch erneut, dass beim Stadtjubiläum nicht zu sehr und zu einseitig auf Event und Tourismus abgezielt wird. Das Stadtjubiläum sollte sich vor allem an einem Mehrwert für die BürgerInnen und Bürgern der Stadt und der Region ausrichten, diese beteiligen und **nachhaltige Wirkung** zeigen. In diesem Zusammenhang erinnern wir auch erneut daran, nachhaltige Projekte mit dauerhaft positiver Wirkung im Zuge der Jubiläumsaktivitäten anzugehen. Der Fokus sollte hier auf das **soziale Miteinander** und auf eine **gesunde, durchgrünte Stadt** mit hoher Lebensqualität ausgerichtet sein.

Wirtschaftsförderung

In der **Wirtschaftsförderung** ist uns wichtig, ökonomische sowie soziale und ökologische Aspekte zusammen zu denken. Auf Landesebene sind mit dem Tariftreue-Gesetz schon Fortschritte gemacht worden. Die Wirtschaft wird sich weiter verändern und auf die Herausforderungen einstellen müssen.

Im Haushaltsentwurf stehen für die Wirtschaftsförderung als erstes Ziel **Sicherung und Verbesserung des Arbeitsplatzangebots** und damit die **Verbesserung der Lebensbedingungen** der lokalen Bevölkerung. Dies ist für uns eine wichtige Kernaussage bei dem Bestreben, die Rahmenbedingungen für „Gute Arbeit“ auch bei uns erfolgreich weiter zu entwickeln.

Wir begrüßen auch die weitere Unterstützung der **Kontaktstelle Frau und Beruf**, die gerade bei dem viel zitierten Fachkräftemangel eine gute und unverzichtbare Arbeit leistet.

In den Entwurf ist bereits eine **personelle Verstärkung** der Wirtschaftsförderung eingespeist, die uns mit neuen Aufgabenfeldern und Projekten begründet wurde. Wir wünschen uns hierbei, dass auch dringend Themenfelder angegangen werden, die von großen Teilen des Gemeinderats bereits seit langem gefordert werden und die auch in das Integrierte Stadtentwicklungskonzept eingeflossen sind. Allem voran fordern wir, dass sich die Wirtschaftsförderung endlich Expertise im Bereich **ressourcensparendes Gewerbeflächenmanagement** erwirbt und diese Expertise in die Beratung der Unternehmen einfließen lässt.

Einige der im Haushalts-Entwurf vorgeschlagenen Projekte bedürfen für uns noch der Klärung, zumindest hinsichtlich der **Förderungshöhe**. So wollen wir z.B. die Verdreifachung beim Cyberforum auf 145.000 € und die rasante Erhöhung bei der Öffentlichkeitsarbeit von 11.000 € auf 180.000 € bis zur Klärung mit einem Sperrvermerk versehen. Ebenso werden wir mit der Einstellung von 100.000 € für das Projekt "Smarter City" verfahren, das uns bisher als nahezu kostenneutrales Kooperationsprojekt vorgestellt wurde.

Insgesamt wünschen wir uns bei so relevanten Erhöhungen eines Teilhaushalts um immerhin ca. 50 % die vorherige Vorstellung im Fachausschuss.

Die **Karlsruher Messe- und Kongress GmbH** mit ihren strukturell bedingten jährlichen Verlusten von über 13 Mio. € ist uns weiter ein Dorn im Auge. Aber da sehen wir aktuell keine Mehrheit, die notwendig wäre, um die erforderlichen einschneidenden Schritte anzugehen. Eine Ausweitung der Hallen können wir uns nicht vorstellen.

Stadtentwicklung

Zu einer sozial-ökologischen Ausgestaltung der Kommunalpolitik gehört eine die BürgerInnen einbeziehende **Quartiersentwicklung**. Eine wichtige Multiplikator-Funktion haben dabei die Bürgervereine. Deren gute Arbeit soll nach Ansicht der GRÜNE-Fraktion durch den sukzessiven Aufbau von **Stadtteil-Bürgerzentren** oder Bürgertreffs unterstützt werden.

Dabei haben wir mittelfristig beispielsweise Rintheim, die Nordweststadt, aber auch Knielingen im Auge, wo im Stadtteil bereits konkrete Bemühungen um eine solche Einrichtung erkennbar sind. Eine besondere Situation haben wir mit dem Bürgerzentrum Südwerk an der Nahtstelle zwischen „alter“ Südstadt und Südstadt-Ost. Hier möchten wir durch einen städtischen Zuschuss dazu beitragen, die durch Anwohner-Proteste wegen Lärm angespannte Situation zu entspannen.

Personal

Beim **Personal** liegt der Aufwand mit 270 bzw. 280 Mio. € pro Jahr hoch – aber dies darf uns nicht dazu verleiten, in Bereichen zu kürzen, in denen eine **hohe Arbeitsdichte** vorliegt. Unsere Anfrage zum Burn Out bei städtischen MitarbeiterInnen hat gezeigt, dass viele in der Verwaltung an die Grenze des Leistbaren gehen oder sogar darüber hinaus – auf Kosten ihrer Gesundheit. Daher ist es uns ein Anliegen, auf Überlastungen in einzelnen Bereichen flexibel zu reagieren und unseren MitarbeiterInnen insgesamt Bedingungen für „Gute Arbeit“ zu bieten. Eine **Abschaffung der Wiederbesetzungssperre** wie auch Maßnahmen zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, also Unterstützung bei der Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen, sind für uns wichtige Schritte in diese Richtung.

Finanzen

Für 2014 ist eine **Globale Minderausgabe** vorgesehen. Wir GRÜNEN lehnen solche Kürzungen nach der **Rasenmäher-Methode** ab. Sollten sich im Jahr 2014 Sparmaßnahmen wirklich als notwendig erweisen, dann müssen wir gezielt nach Einsparmöglichkeiten suchen und die notwendigen Entscheidungen treffen.

Die bisherigen Erhöhungen der **Vergnügungssteuer** auf 18 % haben keine Lenkungswirkung bei den überbordenden **Spielhallen** gezeigt, und obergerichtlich wurde festgestellt, dass 20 % zumutbar sind. Deshalb halten wir eine nochmalige **Erhöhung** für notwendig und machbar – das wären Mehreinnahmen von 420.000 € jährlich.

Zusammenfassung und Dank

Die Stadtkämmerei hat sich wieder sehr viel Arbeit bei der Erstellung dieses Doppelhaushaltes gemacht. Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Dollinger, Ihnen sehr geehrter Herr Deck und allen Ihren Kolleginnen und Kollegen dafür.

Zur besseren Lesbarkeit und Transparenz werden wir für die Zukunft zwei generelle Verbesserungen beantragen: Zum einen sollte bei größeren Änderungen von Planzahlen gegenüber dem Vorjahr automatisch eine **Erläuterung** aufgeführt werden. Das würde sowohl uns als auch Ihnen viele Nachfragen ersparen.

Zum anderen werden nach unserem Eindruck die **Ziele und Kennzahlen**, die im Haushalt genannt werden, bisher zu wenig gewürdigt. Wir halten es für besser, die Kennzahl-Ergebnisse im jeweils zuständigen **Fachausschuss** zu beraten. Dort kann dann auch fundierter entschieden werden, welche Ziele und welche Kennzahlen für den nächsten Haushalt vorzusehen sind.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wir GRÜNE wünschen uns den sozialen und ökologischen Umbau in all seinen Facetten. Vielleicht kommen wir ja bei den Beratungen wieder einen Schritt weiter in diese Richtung. Die dafür nötigen Ausgaben halten wir für wichtig und vertretbar.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!